

Migrationsbeirat der
Landeshauptstadt München

Gedenk- und Erinnerungskultur in München stärken – Konsequenzen und Maßnahmen für die Stadt München aus rechtem NSU- und OEZ-Terror

Initiative: Akin Erdem / Dimitrina Lang / Mustafa Erciyas / Mohammad Kahlawi

Sammelantrag Nr. 111

Vollversammlung vom 30.03.2023

Die zwei NSU-Morde und das rechtsradikale Attentat am 22. Juli 2016 am OEZ in München haben tiefe Wunden in den Herzen der Betroffenen und der Stadtgemeinschaft hinterlassen. Im Gedenken an die Opfer und um ein tolerantes und inklusives gesellschaftliches Klima zu fördern, stellen wir als Migrationsbeirat der Landeshauptstadt München folgende Anträge:

I. Antrag: Schaffung eines permanenten Raumes für den Dialog zwischen Angehörigen und als Anlaufstelle für einschlägige Thematiken

II. Begründung

Die Schaffung eines dauerhaften Raumes für den Austausch und die Unterstützung der Angehörigen des Attentats vom 22. Juli 2016 ist von entscheidender Bedeutung, um den Betroffenen eine Anlaufstelle und Unterstützung zu bieten und den Austausch und die Vernetzung der Betroffenen und ihrer Familien zu ermöglichen.

Ein solcher Raum bietet die Möglichkeit, kontinuierliche Unterstützung und Begleitung für die Angehörigen der Opfer zu gewährleisten und dient als zentraler Anlaufpunkt für alle, die sich mit der Thematik des Rechtsextremismus und Rassismus auseinandersetzen möchten. Diese Ressource fördert zudem die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen und Organisationen, die sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus engagieren, und stellt eine wichtige Säule in der Prävention und Aufklärung dar.

I. Antrag: Erweiterung des NS-Dokumentationszentrums um die Darstellung gegenwärtiger rechtsextremer Ideologien und die Aufarbeitung des Oktoberfestattentats, des NSU-Komplexes sowie des OEZ-Attentats.

II. Begründung

Das NS-Dokumentationszentrum in München spielt eine zentrale Rolle bei der Aufklärung über die Verbrechen des Nationalsozialismus und trägt zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit bei. Die Erweiterung des Zentrums um die Darstellung gegenwärtiger rechtsextremer Ideologien und die Aufarbeitung des Oktoberfestattentats, des NSU-Komplexes sowie des OEZ-Attentats ist von großer Bedeutung, da sie die Kontinuität dieser extremistischen Gedanken und Taten verdeutlicht. Durch die Integration dieser Ereignisse in die bestehende Dokumentation wird ein umfassendes Bild der rechtsextremen Entwicklung und der Bedro-

hung, die von solchen Ideologien ausgeht, geschaffen. Damit leistet das erweiterte NS-Dokumentationszentrum einen wichtigen Beitrag zur Prävention, indem es das Bewusstsein für die Gefahren des Rechtsextremismus schärft und den Zusammenhang zwischen historischen und gegenwärtigen Taten herausstellt.

I. Antrag: Gründung eines Bildungsinstituts gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit und Implementierung von Fortbildungen und schulischen Fächern für Kinder, Schüler, Jugendzentren, sowie Schulung des Lehrpersonals zur Prävention von Mobbing, Ausgrenzung, Diskriminierung und rassistischen Anzeichen

II. Begründung

Prävention ist ein wichtiger Bestandteil im Kampf gegen rechtsradikales „Gedankenungut“. Die Etablierung von Fortbildungen, schulischen Fächern und Maßnahmen, die sich auf die Prävention von Mobbing, Ausgrenzung, Diskriminierung und rassistischen Anzeichen konzentrieren, ist von entscheidender Bedeutung, um ein gesellschaftliches Klima der Toleranz und des Respekts zu fördern. Durch die Sensibilisierung von Kindern, Jugendlichen und Lehrkräften für diese Themen können Vorurteile und Stereotypen abgebaut werden, wodurch ein besseres Verständnis für unterschiedliche kulturelle Hintergründe geschaffen wird. Die Schulung von Lehrkräften in diesem Bereich ermöglicht es ihnen, Anzeichen von Mobbing, Diskriminierung, Ausgrenzung und Rassismus frühzeitig zu erkennen und angemessen darauf zu reagieren.

Diese Maßnahmen tragen maßgeblich dazu bei, ein inklusives und sicheres Lernumfeld für alle Schülerinnen und Schüler zu schaffen und die Grundlagen für eine harmonische, vielfältige Gesellschaft zu legen. Die präventive Arbeit in Bildungseinrichtungen ist ein zentraler Baustein in der Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus, die langfristig dazu beiträgt, die Entwicklung von extremistischen Einstellungen und Verhaltensweisen zu verhindern.

I. Antrag: Organisation des alljährlichen Jahrestages des Gedenkens an das rechtsradikale OEZ-Attentat in Abstimmung mit den Wünschen der betroffenen Familien

II. Begründung

Die Organisation des alljährlichen Jahrestages des Attentats ist von großer Bedeutung, um den Betroffenen und ihren Familien Unterstützung und Anerkennung zu zeigen sowie um Solidarität mit den betroffenen Familien kundzutun. Es ist wichtig, dass die Organisation des Jahrestages in enger Abstimmung mit den Wünschen und Bedürfnissen der Familien erfolgt, um sicherzustellen, dass ihre individuellen Vorstellungen und Bedürfnisse angemessen berücksichtigt werden. Die Einbindung der Familien in den Organisationsprozess ermöglicht es, eine würdevolle und respektvolle Gedenkveranstaltung zu gestalten, die den Wünschen der Betroffenen gerecht wird.

Durch die Zusammenarbeit zwischen den betroffenen Familien, städtischen Institutionen und dem Oberbürgermeister können wir sicherstellen, dass der Jahrestag als Plattform für den gemeinsamen Austausch und die öffentliche Auseinandersetzung mit den Ereignissen dient. Dies trägt dazu bei, ein Bewusstsein für die Bedeutung von Toleranz, Vielfalt und Solidarität in unserer Gesellschaft zu schärfen und ein Zeichen gegen Rechtsextremismus und Gewalt zu setzen.

I. Antrag: Initiierung eines gemeinsamen Austauschs mit den Städten Halle und Hanau:

II. Begründung

Die Zusammenarbeit mit den Städten Halle und Hanau und anderen Städten, die ebenfalls Opfer rechtsradikaler Gewalt wurden, ist von entscheidender Bedeutung. Die Initiierung eines gemeinsamen Austauschs mit diesen Städten ist wichtig, um voneinander zu lernen und gemeinsam Strategien zur Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt zu entwickeln. Durch den Austausch von Erfahrungen und bewährten Praktiken können alle beteiligten Städte ihre lokalen Maßnahmen zur Förderung von Toleranz, Vielfalt und Inklusion weiterentwickeln und optimieren.

Diese Zusammenarbeit ermöglicht es, gemeinsam effektive und nachhaltige Lösungsansätze zu erarbeiten und voneinander zu profitieren.

Darüber hinaus trägt der Austausch dazu bei, Solidarität und Zusammenhalt zwischen den betroffenen Städten zu stärken, ein Netzwerk für Solidarität und Unterstützung aufzubauen, um gemeinsam ein Zeichen gegen Rechtsextremismus und Gewalt zu setzen.

Eine engere Zusammenarbeit und Koordination zwischen den betroffenen Städten und den zuständigen Behörden ist daher dringend notwendig.

I. Antrag: Ergänzende Gedenktafel am Denkmal

II. Begründung

Die Ergänzung des bestehenden Gedenkdenkmals durch eine weitere Gedenktafel ist ein wichtiger Schritt, um die Erinnerung an das rechtsradikale Attentat vom 22. Juli 2016 wachzuhalten und die Betroffenen zu ehren.

Auch würde die Ergänzung dazu beitragen, das öffentliche Bewusstsein für das Attentat und seine Hintergründe zu schärfen. Insbesondere soll die Gedenktafel dazu dienen, das falsche Narrativ, das in der Vergangenheit über das Attentat verbreitet wurde, zu korrigieren und den Prozess der Umbenennung und Neubewertung der Ereignisse zu thematisieren. Diese Maßnahme stellt eine wichtige Gelegenheit dar, um die Wahrheit über das Attentat ans Licht zu bringen, die Erinnerung an die Opfer zu wahren und das Verständnis der Bevölkerung für die Komplexität der Thematik zu vertiefen.

Die Gedenktafel wird auch eine wichtige Rolle dabei spielen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und die gemeinsame Ablehnung von Gewalt und Extremismus zu bekräftigen. Durch das Setzen eines sichtbaren Zeichens der Solidarität mit den Opfern und ihren Familien betont die Stadt München ihr Engagement für eine tolerante, offene und inklusive Gesellschaft.

I. Antrag: Schließung der McDonald's-Filiale in der Hanauerstraße

II. Begründung

Die Schließung des McDonalds in der Hanauerstraße ist ein wichtiger Schritt, um die Sensibilität und den Respekt für die Opfer und ihre Familien zu wahren.

Die Schließung der McDonald's-Filiale in der Hanauerstraße am Denkmal ist von besonderer Bedeutung, da an diesem Ort fünf von neun unserer geliebten Mitbürgerinnen und Mitbürger ihr Leben verloren haben. Es ist unser gemeinsames Anliegen, den Ort des At-

tentats in angemessener Weise zu gestalten und die Erinnerung an die Opfer zu ehren. Die fortwährende Präsenz einer Fast-Food-Kette an einem solch bedeutenden Ort des Gedenkens wird als unangemessen und respektlos empfunden. Eine solche könnte möglicherweise die Trauerarbeit der betroffenen Familien und der Gemeinschaft erschweren. In Anbetracht der tragischen Ereignisse und der tiefen emotionalen Bedeutung dieses Ortes für die Hinterbliebenen und die gesamte Stadtgemeinschaft erscheint es angemessen, dass die Filiale geschlossen und der Raum einer würdevolleren Nutzung zugeführt wird. Die Schließung der McDonald's-Filiale bietet die Möglichkeit, den Raum in der Hanauerstraße neu zu gestalten und zu einem Ort der Begegnung, des Austauschs und der Bildung zu entwickeln. Dadurch könnten wir das öffentliche Bewusstsein für die Hintergründe des Attentats schärfen und einen Diskurs über die Bedeutung von Toleranz, Zusammenhalt und gegenseitigem Respekt in unserer Gesellschaft fördern.

I. Antrag: Schaffung von Gedenkgräbern und Übernahme der Kosten durch die Stadt München

II. Begründung

In Anerkennung der besonderen Bedeutung der Opfer des Attentats am 22. Juli 2016 in München schlagen wir vor, dass die Stadt München die Form der Gedenkgräber für die Verstorbenen einrichtet. Die Stadt München kann sich dabei am Beispiel anderer Städte, wie zum Beispiel Hanau, orientieren, die ebenfalls Opfer von rechtsradikaler Gewalt wurden und würdige Ehrengräber für ihre Opfer eingerichtet haben.

Diese Gedenkgräber sollen als Ausdruck des Respekts und der Wertschätzung für die Opfer und ihre Familien dienen. Die Stadt München sollte die Kosten des Grabsteins, der Gebühren und der Grabpflege auf unendliche Zeit übernehmen. Dies ist ein wichtiges Zeichen der Solidarität und des Mitgefühls der Stadtgemeinschaft und würde die finanzielle Last von den Familien der Opfer nehmen. Die Übernahme der Kosten durch die Stadt ermöglicht es den Hinterbliebenen, sich auf ihre Trauerarbeit und das Gedenken an ihre geliebten Angehörigen zu konzentrieren, ohne zusätzlichen finanziellen Druck. Durch die Errichtung von Gedenkgräbern und die Übernahme der damit verbundenen Kosten durch die Stadt München würde auch ein Zeichen dafür gesetzt, dass die Erinnerung an die Opfer und die Auseinandersetzung mit den Geschehnissen von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung sind. Dies unterstreicht die Verantwortung der Stadt, die Erinnerung an die Opfer zu bewahren und den Zusammenhalt und das Verständnis in der Stadtgemeinschaft zu fördern.

I. Antrag: Verbesserung und adäquate Gestaltung des Opferentschädigungsgesetzes

II. Begründung

Wir appellieren an den Oberbürgermeister, die Stadträte und alle Institutionen der Stadt, sich für die Verbesserung und adäquate Gestaltung des Opferentschädigungsgesetzes einzusetzen. Die Angehörigen der Opfer sind durch das Attentat psychisch stark belastet, und es ist wichtig, ihnen in dieser schwierigen Situation angemessene Unterstützung zu gewähren.

Eine Verbesserung des Opferentschädigungsgesetzes sollte die Vereinfachung des Prozesses, die Steigerung der Höhe der Leistungen sowie die Gewährleistung des unverzüglichen Entstehens des Anspruchs auf Entschädigung bei Straftaten mit rechtsextremen Hin-

tergrund ohne Ausschluss beinhalten. Eine solche Reform würde den Betroffenen helfen, ihre alltäglichen Herausforderungen besser zu bewältigen und den Heilungsprozess zu unterstützen.

Die Verbesserung des Opferentschädigungsgesetzes zeigt den Angehörigen und den Opfern von rechtsextremen Straftaten, dass die Stadt München ihre Bedürfnisse ernst nimmt und bereit ist, sie in ihrem Kampf um Gerechtigkeit und Heilung zu unterstützen. Dies ist ein wesentlicher Schritt, um den Zusammenhalt und das Verständnis innerhalb der Stadtgemeinschaft zu fördern und ein Zeichen gegen rechtsextreme Gewalt zu setzen.

Abschließend möchten wir nochmals betonen, dass der Kampf gegen rechtsradikales Gedankengut und Gewalt eine kontinuierliche Aufgabe ist und dass es wichtig ist, hierfür dauerhafte Strukturen zu schaffen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind ein erster Schritt in die richtige Richtung und wir hoffen auf Ihre Unterstützung bei der Umsetzung dieser wichtigen Projekte.

Wir sind überzeugt, dass die Umsetzung dieser Maßnahmen dazu beitragen wird, die Opfer zu ehren, die Erinnerung an das rechtsradikale Attentat wachzuhalten und gleichzeitig Präventionsmaßnahmen gegen rechtsradikales Gedankengut zu ergreifen.

I. Antrag: Benennung von Straßen und Plätzen nach Opfern rassistischer Anschläge

II. Begründung

In Anbetracht der verheerenden Auswirkungen des Oktoberfestattentats, des NSU-Komplexes und des O EZ-Attentats erachten wir es als notwendig und angemessen, Straßen und Plätze in München nach den Opfern dieser rassistisch motivierten Gewaltakte zu benennen. Diese Maßnahme dient nicht ausschließlich dem Gedenken an diejenigen, die durch diese entsetzlichen Taten ihr Leben lassen mussten, sondern verfolgt ebenso eine präventive und pädagogische Zielsetzung im Rahmen der Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus.

Durch die Benennung von Straßen und Plätzen nach den Opfern fördern wir die Etablierung einer Erinnerungskultur, die das kollektive Gedächtnis unserer Gesellschaft im Hinblick auf die tragischen Ereignisse schärft und die Bedeutung von Toleranz und gegenseitigem Respekt unterstreicht. Indem wir die Namen der Opfer im öffentlichen Raum verankern, tragen wir dazu bei, ein Bewusstsein für die Gefahren von Rechtsextremismus und Rassismus zu fördern und das Engagement für eine inklusive und vielfältige Gesellschaft zu stärken.

Diese Namensgebung erfüllt zudem eine wichtige pädagogische Funktion, indem sie die Möglichkeiten für den gesellschaftlichen Dialog und die Aufklärung über die Auswirkungen von Rechtsextremismus und Rassismus erweitert. Durch die Integration dieser Thematik in den Alltag der Bevölkerung wird ein Anstoß gegeben, um kontinuierlich über die Hintergründe und Konsequenzen dieser Gewaltakte zu reflektieren und sich aktiv für ein friedliches Miteinander einzusetzen.

Darüber hinaus drückt die Benennung von Straßen und Plätzen nach den Opfern rassistischer Anschläge unsere Solidarität mit den betroffenen Familien aus. Wir demonstrieren damit unser Mitgefühl und unsere Anteilnahme an ihrem Leid und verdeutlichen, dass die Erinnerung an die verlorenen Leben einen festen Platz in unserer Stadt hat.

Insgesamt trägt die Umsetzung dieser Maßnahme zur Stärkung der Werte von Toleranz, Respekt und Zusammenhalt in unserer Gesellschaft bei und sendet ein klares Signal gegen die Verbreitung von Rechtsextremismus und Rassismus. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass wir uns gemeinsam für die Benennung von Straßen und Plätzen nach den Opfern dieser rassistischen Gewalttaten einsetzen und dadurch ein Zeichen für ein weltoffenes und tolerantes München setzen.

Beschlossen im Ausschuss 4 am 16.03.2023

III. Beschluss nach Antrag

Mehrheitlich angenommen

gez.
Dimitrina Lang
Vorsitzende

gez.
Theodora Sismani
1. Stellvertretende Vorsitzende

gez.
Nesrin Gül
2. Stellvertretende Vorsitzende